

Inhalt

Einleitung	7
I. Internationale Abkommen und Resolutionen	20
1. Die Opiumabkommen von 1925, 1931 und 1953	
a) Internationales Opiumabkommen vom 19. Februar 1925	20
b) Abkommen zur Beschränkung der Herstellung und zur Regelung der Verteilung der Betäubungsmittel vom 13. Juli 1931	39
c) Protokoll über die Beschränkung und Regelung des Anbaues der Mohnpflanze, der Erzeugung von Opium, des internationalen Handels und Großhandels mit Opium und seiner Verwendung vom 23. Juni 1953	61
2. Verzeichnis der von dem Übereinkommen über psychotrope Stoffe von 1971 erfaßten Stoffe	85
3. Entschließung der Suchtstoffkommission des Wirtschafts- und Sozialrats der Vereinten Nationen betr. Cannabis	88
4. Empfehlung 609 (1970) der Beratenden Versammlung des Europarats über Drogenabhängigkeit	88
5. Entschließung des Europäischen Parlaments über das Erfordernis einer Gemeinschaftsaktion zur Rauschgiftbekämpfung vom 17. 1. 1972	95
II. Das Betäubungsmittelgesetz	99
1. Gesetz über den Verkehr mit Betäubungsmitteln i. d. F. vom 10. Januar 1972	99
2. Begründung zu der Änderung	111
3. Liste der den im Betäubungsmittelgesetz genannten Stoffen gleichgestellten Stoffe	127
III. Grundlegende Gerichtsentscheidungen zur Betäubungsmittelkontrolle	134
1. Zur Verfassungsmäßigkeit der Haschischkontrolle (Bayerisches Oberstes Landesgericht)	134

2. Zur Gefährlichkeit von Haschisch (Schweizerisches Bundesgericht)	136
3. Unterscheidung von Indischem Hanf und Rohharz (Bayerisches Oberstes Landesgericht)	142
4. Haschischschmuggel als Zollhinterziehung (Bundesgerichtshof)	147
IV. Die Rechtsstellung der Süchtigen	152
1. Hilfe bei Gefährdung	152
a) Gesetz für Jugendwohlfahrt	152
b) Bundessozialhilfegesetz	157
2. Arbeits- und Versicherungsrecht	158
a) Lohnfortzahlung bei Rauschgiftsucht (Landesarbeitsgericht Düsseldorf)	158
b) Sucht als Krankheit im Sinne der gesetzlichen Krankenversicherung (Bundessozialgericht)	164
3. Unterbringung	168
a) Strafgesetzbuch	168
b) Jugendgerichtsgesetz	168
c) Strafprozeßordnung	170
d) Verwahrungsgesetz	170
e) Gesetz für Jugendwohlfahrt	177
V. Verfolgung und Bekämpfung	182
1. Anordnung des Bundesministers für Wirtschaft und Finanzen vom 28. März 1972	182
2. Schreiben des Bayerischen Staatsministeriums der Justiz an die bayerischen Generalstaatsanwälte vom 24. März 1971	186
VI. Maßnahmen der Schulbehörden	189
1. Entschließung des Bayerischen Staatsministeriums für Unterricht und Kultus vom 20. April 1971	189
2. Offener Brief des Beigeordneten für das Schul- und Jugendwesen der Stadt Bonn an alle Eltern	192
VII. Stellungnahmen von Kirchen und Verbänden	197
1. Erklärung der Deutschen Bischofskonferenz	197
2. Entschließung des 74. Deutschen Ärztetages 1971	209
3. Erklärung des Verbandes der niedergelassenen Ärzte Deutschlands	211

4. Entschließung der Deutschen Hauptstelle gegen die Suchtgefahren	213
5. Resolution der Fachkonferenz über den Drogen- und Rauschmittelmißbrauch auf Antrag der Release-Gruppen	217
6. Vorschlag der Gewerkschaft der Polizei	218
VIII. Konzeptionen für Prophylaxe- und Behandlungsinstitionen	220
1. Vorschläge des Elternkreises drogengefährdeter und drogenabhängiger Jugendlicher betreffend Drogeninformation und prophylaktische Maßnahmen an und durch Schulen	220
2. Konzept für die Arbeit der Drogenberatungsstelle der Stadt München	224
3. Projekt Reitbrook	229
4. Rahmenplan für stationäre und ambulante Behandlungsmodelle für Drogengefährdete/Drogenabhängige der Deutschen Hauptstelle gegen die Suchtgefahren	233
5. Behandlungsprogramm für Drogenabhängige des Deutschen Caritasverbandes	239